

„Frieden ist eine Entscheidung“

Als waffenloser Bausoldat in der DDR

Bausoldaten waren Angehörige der Baueinheiten der Nationalen Volksarmee (NVA) in der DDR, erläuterte der ehemalige Bausoldat Pfarrer Friedrich Kramer, Direktor der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt in Wittenberg. „Der Dienst als Bausoldat war für DDR-Bürger eine Möglichkeit, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern, die es in sonst keinem anderen sozialistischen Land gab.“ Es habe sich jedoch nicht um einen zivilen Wehersatzdienst gehandelt. „Der Dienst als Bausoldat konnte sich nachteilig auf Ausbildungs-, Studiums- und Aufstiegschancen auswirken.“

Die NVA sei zwar schon 1956 als reguläre Streitkraft der DDR gegründet worden, doch die allgemeine Wehrpflicht habe es erst seit 1962 gegeben, informierte Kramer. Am 7.9.1964 schuf die „Anordnung zur Aufstellung von Baueinheiten“ die Möglichkeit eines waffenlosen Dienstes innerhalb der NVA. Er sei für jene Wehrpflichtigen gedacht gewesen, die aus religiösen Anschauungen den Wehrdienst mit der Waffe verweigerten. Die Uniform zeigte einen kleinen Spaten auf den Schulterklappen, so dass sich die Verweigerer untereinander als „Spatensoldaten“ bezeichnet hätten.

Von den etwa 25.000 Wehrpflichtigen, die sich zu den Bausoldaten meldeten, seien etwa 15.000 eingezogen worden, so Pfarrer Kramer. Bis 1973 wurden diese Einheiten auch zum Bau von militärischen Anlagen eingesetzt. Nach Beschwerden der Kirchen erhielten Bausoldaten „zivile“ Aufgaben in militärischen Einrichtungen als Gärtner, Krankenpfleger in Militärkrankenhäusern oder Küchenhelfer. Insbesondere in den letzten Jahren der DDR arbeiteten viele Bausoldaten aber auch in Großbetrieben, die unter Arbeitskräftemangel litten, beispielsweise in der Chemischen Industrie oder in

Braunkohlentagebauen. Kramer bezeichnete die dort Eingesetzten als „billige Arbeitssklaven“. Es habe in der DDR aber auch Kriegsdienstverweigerer gegeben, welche den waffenlosen Dienst als Bausoldaten ebenfalls ablehnten. Von den rund 6.000 Totalverweigerern seien 3.144 zu Gefängnisstrafen von acht bis 22 Monaten verurteilt worden. Viele davon wären Zeugen Jehovas gewesen, andere evangelische Christen oder Pazifisten ohne religiöse Bindung. Die christlichen Bausoldaten seien auch nach ihrer Dienstzeit miteinander in Kontakt geblieben. Als Widerständler hätte sie bei der Wende in der DDR mit dem Slogan „Keine Gewalt!“ zur friedlichen Revolution beigetragen, betonte Kramer.

In dem gezeigten neuen halbstündigen Dokumentarfilm von Johannes Meier „Schwerter zu Spaten“ kommen neben Kramer auch andere Bausoldaten mit ihren Erfahrungen zu Wort. Darunter der Bürgerrechtler und Pfarrer Rainer Eppelmann, der als „Minister für Abrüstung und Verteidigung“ der letzten DDR-Regierung mit der Auflösung der NVA beauftragt wurde, sowie Andreas von Maltzahn, von 1980 bis 1982 Bausoldat, und gegenwärtig Bischof im Sprengel Mecklenburg und Pommern (Sitz Schwerin) der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland.

Haftstrafe für Kriegsdienstverweigerer in Südkorea

Die südkoreanische Bürgerrechtsaktivistin Yeo-ok Yang von der Organisation „World Without War“ (Welt ohne Krieg) informierte, dass in ihrem Land derzeit etwa 700 Kriegsdienstverweigerer in Haft seien. Das wären rund 95 Prozent aller weltweit inhaftierten Verweigerer. Die seit Ende des Koreakrieges 1953 bestehenden Spannungen mit Nordkorea benutze die südkoreanische Regierung, um die Militarisierung und ein striktes Militärsystem aufrecht zu erhalten. Das Land unterhalte bei 50 Millionen Einwohnern eine Armee von 685.000 Männern und Frauen und habe damit die fünftgrößte Armee der Welt. Alle Männer seien wehrpflichtig. Die Dauer des Militärdienstes betrage zwischen 21 und 24 Monaten. Es gebe kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung und deshalb auch keine

alternativen waffenlosen oder zivilen Dienste.

Alle, welche die Militarisierung in Korea in Frage stellten, zahlten einen hohen Preis. So würden Kriegsdienstverweigerer in aller Regel zu 18 Monaten Haft verurteilt und in der Gesellschaft diskriminiert. Sie würden nie einen Arbeitsplatz beim koreanischen Staat bekommen, auch alle Großbetriebe stellten keine Kriegsdienstverweigerer ein.

Myung-jin Moon berichtete über seine Erfahrungen als Kriegsdienstverweigerer in Südkorea. Er habe erstmals im Jahr 2006 über eine Wehrdienstverweigerung nachgedacht, als er beobachtete, wie die koreanische Bereitschaftspolizei mit Gewalt gegen Demonstranten vorging. Am 14. Dezember 2010, dem Tag seiner Einberufung, hielt er eine Pressekonferenz vor dem Verteidigungsministerium ab und verkündete seine Wehrdienstverweigerung. Am 30. März 2011 wurde er zu 18 Monaten Haft verurteilt. Er sei mehrere Monate mit 15 weiteren Häftlingen in einer Zelle eingesperrt gewesen, hätte täglich zwölf Stunden in der Küche für die Versorgung der 900 Gefangenen arbeiten müssen und einen freien Tag habe es nur alle zwei Wochen gegeben. In Südkorea würden Kriegsdienstverweigerer als verrückt erklärt. Deshalb sei für ihn die Unterstützung von Gleichgesinnten, gerade auch aus anderen Ländern, sehr wichtig gewesen. Heute engagiere sich Moon in der weltweiten Friedensbewegung.

„Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht“

Professor Dr. Fernando Enns von der Arbeitsstelle Theologie der Friedenskirchen an der Universität Hamburg und der Vrije Universiteit Amsterdam bedauerte, dass Kriegsdienstverweigerung bei den christlichen Kirchen in Südkorea kein Thema sei. Ihm sei von Vertretern einiger dieser Kirchen zu verstehen gegeben, dass es bei ihnen solche Verweigerer nicht gebe. Es handele sich lediglich um Zeugen Jehovas, zu denen man aber keinen Kontakt pflege. Dem widersprach Enns. Er erinnerte daran, dass Sang-Min Lee, Mitglied der kleinen „Gnade und Frieden“-Mennonitengemeinde in

Seoul ebenfalls im Jahr 2013 wegen Kriegsdienstverweigerung zu 18 Monaten Haft verurteilt worden sei. Kriegsdienstverweigerung sei ein Menschenrecht. Dabei komme es nicht darauf an, welcher Religion man angehört. Südkorea müsse als demokratischer Staat seinen Bürgern auch das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung garantieren.

Auch Adventisten setzen sich für waffenlosen Dienst ein

Laut Holger Teubert, Leiter des Referats Kriegsdienstverweigerung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland und freikirchlicher Vertreter im Vorstand der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK), empfehle die Freikirche ihren wehrpflichtigen Mitgliedern weltweit als „Nichtkämpfer“ einen waffenlosen Dienst oder einen Zivildienst zu leisten. Wo dies nicht möglich sei, müsse jeder seine eigene Gewissensentscheidung treffen, ob er eine Waffe in die Hand nimmt.

In der früheren DDR seien die meisten wehrpflichtigen Adventisten zu den Bausoldaten gegangen. Da es in Südkorea Alternativdienste nicht gebe, kämen auch Adventisten immer wieder in Konflikt. So seien beispielsweise die adventistischen Studenten Young-chul Yoon und Hwi-jai Lim wegen Kriegsdienstverweigerung ebenfalls zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Dasselbe gelte für fünf weitere Adventisten, welche als Reservisten bei Wehrübungen den Waffendienst verweigerten. Die adventistische Kirchenleitung in Südkorea fordere seit Jahren vergeblich das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gesetzlich zu regeln.

Chemiewaffen weltweit ächten

Es habe den Anschein, dass die Gefahren von Chemiewaffen vielen Menschen in der Gesellschaft nicht bewusst seien, meinte der Geschäftsführer der EAK, Wolfgang Burggraf (Bonn). Darum wäre es wichtig, sich immer wieder zu vergegenwärtigen, welche abscheulichen Auswirkungen chemische Waffen mit sich bringen würden. Noch heute seien beispielsweise weite Landstriche in Vietnam kontaminiert und die Menschen würden dort noch 40 Jahre nach dem Einsatz chemischer Waffen unter Missbildungen, Krebs oder Herz- und Gefäßerkrankungen leiden.

Gerade Deutschland habe eine besondere Verantwortung, auf die Gefahren von chemischen Waffen hinzuweisen, betonte Christoph Münchow. Vor 100 Jahren, im April 1915, sei es Deutschland gewesen, das im Ersten Weltkrieg bei Ypern (Belgien) als erster Staat Giftgas in einem Krieg eingesetzt habe und damit den Tod von Tausenden von Soldaten verursachte, erinnerte der EAK-Bundesvorsitzende. Schon damals wäre dieser Giftgaseinsatz ein Kriegsverbrechen gewesen, und damals sei ein Tabu gebrochen worden. Für Münchow ist die Konsequenz eindeutig: Chemiewaffen gehörten geächtet und alle Chemiewaffenbestände, die es heute immer noch gibt, müssten schnellstmöglich vernichtet werden.

„Auf die Lehrer kommt es an“

Beim Kongressthema geht es um Werte und Persönlichkeit von Lehrern und Lehrerinnen. Dabei stellen sich unter anderem Fragen, wie: Von welchen Werten lasse ich mich prägen? Welche

Werte steuern mein schulisches Handeln? Was macht eine für Schüler förderliche Lehrerpersönlichkeit aus? Was kennzeichnet eine adventistische Schule? Welche Rolle spielen Inklusion, Kooperation und Wertschätzung für mein Lehrerhandeln? Wie gehe ich mit Wertekonflikten um?

Zum Austausch über diese Fragen werden zehn Workshops angeboten. In ihnen geht es unter anderem um: Inklusion als Herausforderung für die Lehrer, Medienscouts – Orientierung im digitalen Dschungel, Friedenspädagogik in der Schule, Ungleichheit im Klassenzimmer, Wie lernen Kinder Vertrauen, Empathie und Solidarität?, Wertevermittlung und Lehrerpersönlichkeit an öffentlichen Schulen. Vorträge, Diskussionen und die Möglichkeit, auch persönlich ins Gespräch zu kommen, ergänzen das Angebot. Weitere Informationen unter: www.bildungskongress.org

Adventistische Schulen weltweit

Die Siebenten-Tags-Adventisten unterhalten mit weltweit 7.842 Schulen – von der Grundschule bis zur Universität – das größte protestantische Bildungsangebot einer Kirche.

In Deutschland betreibt die Freikirche die Theologische Hochschule Friedensau bei Magdeburg mit den Fachbereichen Theologie und Christliches Sozialwesen, das Schulzentrum „Marienhöhe“ Darmstadt, mit Gymnasium, Kolleg, Real- und Grundschule sowie Internate, die „Freie Adventschule Oberhavel“ Oranienburg-Friedrichsthal (Grundschule), die „Immanuel-Gesamtschule“ Oranienburg-Friedrichsthal, die „Andrews-Advent-Grundschule“ Solingen, die „Daniel-Schule“ Murrhardt/Baden-Württemberg (Grundschule), die „Elisa-Schule“ Herbolzheim-Tutschfelden/Baden-Württemberg (Grund- und Realschule), die „Josia-Schule“ Isny im Allgäu (Grund- und Hauptschule mit Realschulzweig), die „Advent-Schule“ Heilbronn (Grundschule) sowie die „Salomo-Schule“ Rastatt (Grundschule). Hinzu kommen fünf Kindergärten (Hamburg, Berlin, München, Fürth, Penzberg/Bayern) und eine Heilpädagogische Tagesstätte für Vorschulkinder in Neuburg/Donau.

In der Schweiz unterhält die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten die Privatschule „A bis Z“ in Zürich (Primar- und Sekundarschule) sowie die Privatschule Altavilla (Kindergarten und Primarschule) bei Murten im Kanton Freiburg.

In Österreich gibt es an adventistischen Bildungseinrichtungen das Seminar Schloss Bogenhofen, St. Peter am Hart/Oberösterreich, Bezirk Braunau am Inn, mit Theologischem Seminar, Oberstufenrealgymnasium einschließlich Instrumentalmusik und Sprachinstitut („Deutsch als Fremdsprache“). Privatschulen betreiben die Adventisten in St. Peter am Hart (Volks-/Hauptschule), Klagenfurt (Volksschule), Linz (Volks-/Hauptschule), Lustenau/Vorarlberg (Volks- und Neue Mittelschule) sowie in Wien (Volks-/Hauptschule).

ADRA-Nothilfe für Nepal läuft an

Nach Mitteilung von Martin Haase (Weiterstadt), Pressesprecher der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland, haben ADRA International 100.000 US-Dollar (92.000 Euro), ADRA Schweiz 100.000 Franken (96.000 Euro) und ADRA Deutschland 20.000 Euro für erste Hilfsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Das Hilfswerk bittet um weitere Spenden für Nepal.

Prakash Thakur, Mitarbeiter von ADRA Deutschland, ist laut Haase bereits in der Hauptstadt Kathmandu eingetroffen, um mit dem örtlichen ADRA-Büro die weiteren Hilfsmaßnahmen abzusprechen. Projektleiter Thomas Petracek von ADRA

Deutschland sei angesichts der Katastrophe erleichtert, „dass unser ADRA-Gebäude in Kathmandu steht und keinem der ADRA-Mitarbeiter etwas passierte. Sie versuchen bereits zu helfen, auch wenn sie selbst betroffen und traumatisiert sind.“

ADRA (Adventist Development and Relief Agency) ist eine internationale Nichtregierungsorganisation. ADRA Deutschland wurde 1987 von der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten gegründet und gehört zum weltweiten Netzwerk der 140 nationalen ADRA-Büros.

Präsident der weltweiten Adventisten spricht Nepal sein Beileid aus

„Das Leiden der Menschen bricht uns das Herz, sodass wir den Tausenden Familien, die Leid erfahren haben, unser aufrichtiges Mitempfinden aussprechen“, sagte Wilson. „Wir haben jetzt die Gelegenheit, die Liebe Christi und sein Erbarmen durch unser Handeln sichtbar zu machen. Adventisten sind aufgerufen, das ihnen mögliche zu tun, um jenen Halt und Trost zu vermitteln, die einen geliebten Menschen verloren haben, und materielle Unterstützung denen zukommen zu lassen, die Hilfe dringend brauchen.“

Obwohl Adventisten ihren Gottesdienst am Samstag, dem biblischen Sabbat, feiern, sei bisher nicht bekannt, dass „ein Adventist während des Erdbebens getötet wurde“, teilte Pastor Umesh Pokharel, Präsident der Kirche der Siebenten-Tags-

Adventisten in Nepal, laut der nordamerikanischen Kirchenzeitschrift „Adventist Review“ mit. In Nepal gibt es 8.859 erwachsen getaufte Mitglieder in 26 Kirchen- und 80 Hausgemeinden. Nach einem ersten Überblick seien allerdings vier adventistische Kirchengebäude schwer beschädigt worden.

Da der Samstag in Nepal ein arbeitsfreier Tag ist, würden auch andere christliche Konfessionen am Samstag Gottesdienst feiern. Laut Pokharel seien eine Reihe dieser Christen, die beim Gottesdienstbesuch starben, inzwischen beerdigt worden.

Während des Erdbebens habe der Pastor einen Gottesdienst in der adventistischen Gemeinde in Newari, etwa 20 Kilometer außerhalb von Kathmandu, gehalten. „Wir sahen wie vor unseren Augen Häuser einstürzten. Doch uns geschah nichts, wir blieben bewahrt.“

Das adventistische „Scheer Memorial Hospital“, ein 150-Betten-Krankenhaus außerhalb der Hauptstadt, ist erhalten geblieben, so Pokharel. Es sei mit Hunderten von Menschen, die medizinisch betreut würden, überfüllt. Auch das Bürogebäude der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Nepal in Kathmandu wäre funktionsfähig, sodass Hilfsmaßnahmen mit den Schwerpunkten Notunterkünfte, sauberes Trinkwasser, Hygiene und sanitäre Anlagen vorbereitet würden.

Freikirchenleitung **der**

Adventisten in Nordrhein-Westfalen bestätigt

Die anderen Verantwortungsträger wurden ebenfalls wiedergewählt. Pastor Stefan Adam (52) ist auch künftig stellvertretender Präsident und Sekretär (Geschäftsführer), Steffi Wießner (40) Schatzmeisterin, Pastor Alexander Kampmann (34) Abteilungsleiter für Kinder, Pfadfinder, Jugend und Studenten sowie Pastor Christian Badorrek (34) Abteilungsleiter für Gemeindeaufbau.

Pastor Adam nimmt auch das Amt des Beauftragten der evangelischen Freikirchen in Nordrhein-Westfalen am Sitz der Landesregierung in Düsseldorf wahr.

„Ein Flüchtling hat keine Heimat“

Das Thema Krieg, Vertreibung und Flucht hat von seiner Aktualität nichts eingebüßt. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind gleichzeitig Phänomene, die immer wieder der Aufklärung bedürfen. Dieser Aufgabe hat sich Marga Goren-Gothelf verschrieben. An diesem Nachmittag können in einer Gesprächsrunde Fragen gestellt, Antworten gesucht und Ängste überwunden werden.

Zur Illustration dienen Sequenzen aus einem über sie gedrehten Film sowie Fotos aus den 1920er und 1930er Jahren. Der beste

Beleg für das Wissen um Historie ist jedoch die Zeitzeugin selbst. Marga Goren-Gothelf ist keine verbitterte Frau, sondern sie beweist, dass erlittenes Unrecht nicht zwangsläufig neuen Hass und neue Gewalt hervorbringen muss. Es ist eine seltene Gelegenheit, eine Schoah-Überlebende, welche die Massenvernichtung der Juden überstand, zu treffen und mit ihr ins Gespräch zu kommen.

Nothilfe von ADRA Nepal und Erste Hilfe durch adventistisches Krankenhaus

Das Scheer Memorial Hospital sei nach dem Erdbeben mit hunderten Verletzten überfüllt gewesen. Viele Patienten hätten auch unter freiem Himmel versorgt werden müssen, teilte Adventist Review (AR), die nordamerikanische Kirchenzeitschrift mit. Demnach habe das Beben zehn Minuten gedauert und ganze Wohnbezirke in der Hauptstadt Kathmandu zerstört. Das dreistöckige adventistische Krankenhaus in Banepa mit 150 Betten sei mit Ausnahme eines Risses in einem älteren Gebäude nicht beschädigt worden.

„Gott sei Dank, dass das Krankenhaus unversehrt geblieben ist“, sagte Alvin Cardona in den USA nach einem Telefonat mit seinem Vater, der als Kinderarzt im adventistischen Krankenhaus in Nepal arbeitet. Es würden nun Notunterkünfte für jene erstellt, denen durch das Beben das Haus zerstört worden sei, so Cardona.

Laut Medienberichten wurden Beben und Opfer auch in Indien, Bangladesch und Tibet verzeichnet. Die Regierung von Nepal habe den Ausnahmezustand erklärt, so AR.

ADRA Nepal

Das Netzwerk der adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA werde Spezialisten für Katastrophen in die betroffenen Gebiete entsenden, sagte Thierry Van Bignoot, Leiter Nothilfe bei ADRA International. „Im Moment bitten wir um Gebete für die betroffene Bevölkerung und für unsere Mitarbeiter. Wir sind dabei, die Lage einzuschätzen.“

ADRA Nepal berichtete über Facebook und Twitter, dass die Mitarbeiter wohlauf und das Verwaltungsgebäude vom Beben nicht beschädigt worden sei.

Scheer Memorial Hospital betrieben von Adventisten und CARE

Das Scheer Memorial Hospital geht auf Dr. Stanley und Raylene Sturges, die ersten ärztlichen Missionare der Adventisten in Nepal in den späten 1950er Jahre, zurück. Benannt wurde es nach Charles J. und Carolyn Scheer, deren Sohn Clifford C. Scheer einen Großteil der Bauten des Krankenhauses finanzierte.

Die Ausrüstung, Ausstattung und medizinischen Verbrauchsmaterialien würden von CARE, einer großen internationalen Hilfsorganisation sowie von der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten zur Verfügung gestellt. Der tägliche Betrieb sei aber weitgehend eine Sache des Glaubens, heißt es auf der Website des Krankenhauses. „Jeden Tag erleben wir große und kleine Wunder, die es uns erlauben, unsere Türen für die Bevölkerung offen halten zu können und für jene, die unsere Hilfe am meisten brauchen.“

100 Jahre Völkermord an Armeniern

Mehrere Hundert armenische Intellektuelle – Dichter, Musiker, Parlamentsabgeordnete und Geistliche – seien am 24.4.2015 im heutigen Istanbul verhaftet, deportiert und ermordet worden, erinnerte Dr. Diradur Sardaryan, Pfarrer der Armenischen Gemeinde Baden-Württemberg. Das sei der Auftakt zu einem Menschheitsverbrechen gewesen. In ihren Grußworten drückten Fritz Kuhn, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart, Brigitte Lösch, Landtagsvizepräsidentin, Bernhard Lasotta, Mitglied des Landtages, Heinz Detlef Stäps, Domkapitular der Diözese Rottenburg Stuttgart und Landesbischof Frank Otfried July Anteilnahme und Solidarität mit den Opfern und ihren Nachfahren aus. Auch die Mitverantwortung des Deutschen Reiches am Genozid kam zur Sprache.

Professor Dr. Manfred Aschke-Lepsius erläuterte in seiner Gedenkrede die historischen Zusammenhänge in Bezug auf das armenische Volk. „Aber der 24. April ist nicht nur ein Tag der Trauer“, betonte Aschke-Lepsius. Er sei auch ein Tag der Freude über die Rettung und Wiederauferstehung des armenischen Volkes. Aschke-Lepsius ist ein Enkel von Johannes Lepsius, der durch seine zeitgenössische Dokumentation des Völkermords an den Armeniern bekannt wurde.

Auch Adventisten waren von diesem Völkermord vor 100 Jahren betroffen. Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges habe es auf dem Gebiet der heutigen Türkei rund 350 Adventisten gegeben, die hauptsächlich armenischer Herkunft gewesen seien, berichtete Pastor Holger Teubert (Ostfildern), stellvertretender Mediensprecher der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland. Von ihnen hätten 167 in den nachfolgenden

Jahren ihr Leben verloren. Wer nicht gleich umgebracht wurde, sei auf Todesmärschen gestorben.

Kritik am „Gender-Gaga“

„Gender Mainstreaming“ unterscheide zwischen biologischem und sozialem Geschlecht. Das soziale Geschlecht sei etwas Fließendes und könne nach dieser Theorie beliebig verändert werden. Dadurch solle, laut Kelle, die „heteronormative Matrix“, also das traditionelle Bild von Mann und Frau, aufgebrochen werden. Alle Geschlechter beziehungsweise sexuelle Orientierungen sollen gleichwertig nebeneinander gestellt werden.

Während sich Kelle gegen Diskriminierung und für Toleranz gegenüber anderen Orientierungen aussprach, schossen die aktuellen Bemühungen doch weit über das Ziel hinaus. „Völlig irre und nicht praktikabel“ sei beispielsweise der Leitfaden für gendersensibles Sprechen der Berliner Humboldt-Universität, der neue Deklinationen für geschlechtsneutrale Wortendungen vorschlage. Auch würden immer neue Wörter gefunden, die angeblich sexistisch seien und nicht mehr verwendet werden dürften. Das Projekt des Gender-Mainstreaming verschlinge Steuergelder, sei ideologisch motiviert aber nicht demokratisch legitimiert.

Kelle kritisierte auch die Tendenz zur Fremdbetreuung von Kleinkindern. Warum es besser sei, Kinder zuhause zu erziehen, könne man mit einem Wort sagen: „Liebe“. In der Familie herrschten besondere Beziehungen. Diese könne man nicht als fremde Dienstleistung auslagern. Die Familiensituation lasse

sich nicht künstlich herstellen.

„Familie kann ohne Staat existieren, aber Staat nicht ohne Familie“, gab Kelle zu bedenken. Die Mutter von vier Kindern ist Mitglied der CDU und konvertierte 2011 zur römisch-katholischen Kirche. Sie arbeitet freiberuflich als Journalistin und Publizistin und wurde durch ihre Bücher „Dann mach doch die Bluse zu“ und „Gender-Gaga“ sowie durch Auftritte in Fernseh-Talkshows einer breiteren Öffentlichkeit bekannt.

Verband evangelischer Frauen in Italien wählt Adventistin zur Präsidentin

Dora Bognandi ist stellvertretende Leiterin der Abteilung für Außenbeziehungen und Religionsfreiheit (PARL) der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Italien. „Diese Aufgabe ist für mich eine große Ehre, aber auch eine große Verantwortung“, sagte Dora Bognandi nach der Wahl. „Mein Wunsch ist es, dass wir auf dem eingeschlagenen Weg weitergehen und den Frauen sowie den Gemeinschaften noch besser dienen, sowie aus evangelischer Sicht einen Beitrag in unsere Gesellschaft einbringen.“

Mehr als 70 Frauen aus verschiedenen evangelischen Kirchen haben sich vom 17. bis 19. April im Zentrum „Ökumene“, in Velletri, 30 Kilometer südöstlich von Rom, zum 11. Kongress der FDEI getroffen. Dabei sei es um die Rolle der

evangelischen Frauen in einer sich wandelnden Gesellschaft gegangen, teilte Notizie Avventiste, Kommunikationsabteilung der Adventisten in Italien, mit. Es seien dabei immer auch drei Konzepte bedacht worden, die alle betreffen würden: Gerechtigkeit, Solidarität und zwischen den Kirchen die bestehenden Beziehungen zu festigen sowie neue mit staatlichen Institutionen und Organisationen zu knüpfen. Darüber hinaus seien die Leitlinien der Vereinigung für die nächsten vier Jahre festgelegt worden.

Im Bundesverband evangelischer Frauen in Italien arbeiten folgende Kirchen mit: Adventisten, Baptisten, Heilsarmee, Evangelisch-Reformierte der italienisch sprechenden Schweiz, Lutheraner, Methodisten und Waldenser.

Adventisten verurteilen fremdenfeindliche Gewalt in Südafrika

Seit Anfang April sind in Südafrika verstärkt Ausländer das Ziel von Angriffen. Einheimische werfen den Ausländern vor, dass sie ihnen die Jobs wegnehmen würden. Die Südafrikanische Polizei hat in den letzten Tagen rund 300 Personen im Zusammenhang mit dem Ausbruch der Gewalt und den Angriffen auf Ausländer festgenommen.

Es habe sieben Toten gegeben, so AR. Ein Mosambikaner sei in Johannesburg (4,5 Mio. Einwohner) erstochen worden. In Durban (3,5 Mio. Einwohner) seien je ein Äthiopier, Mosambikaner,

Simbabwer und drei Südafrikaner getötet worden.

„Es gibt keinen vernünftigen Grund, der die Vorurteile und diese sinnlose Gewalt rechtfertigen könnte, die eine Schande für das neue, freie und demokratische Südafrika sind“, sagte Paul Charles, Kommunikationsdirektor der Adventisten im südlichen Afrika und in der Region des Indischen Ozeans.

„Echte Freiheit verzichtet auf Machtmissbrauch und Gewaltanwendung gegenüber Menschen“, so Charles. „Die Leitung sowie die knapp 3,5 Millionen Siebenten-Tags-Adventisten, die im südlichen Afrika leben, verurteilen diesen Hass und all die sinnlosen und schrecklichen Gewalttaten.“ Es seien auch Adventisten davon betroffen, so der Mediensprecher.

„Essen auf Rädern“

Die adventistische Kirchenleitung in Südafrika versorge gemeinsam mit dem Hilfswerk ADRA Südafrika und der adventistischen Freiwilligeninitiative „Essen auf Rädern“ 1.500 Vertriebene mit Essen. Weitere Hilfe werde an 312 Familien verteilt: Hygiene-Kits, Eimer, Seife, Waschmittel und Hygienebinden, sagte Pastor Tankiso Letseli, Präsident der Kirche im südlichen Afrika. Diese Kirchenregion umfasst die Staaten und Territorien von Ascension, die Inseln St. Helena und Tristan da Cunha, Lesotho, Namibia, Südafrika, Swasiland, KwaZulu-Natal, Lesotho, Namibia und Trans-Oranje.

Biblische Forderung: Ausländer wie Einheimische behandeln

„Unabhängig von unserer Nationalität, Hautfarbe oder Religion sind wir zum Ebenbild Gottes geschaffen. Wir nehmen deshalb das Anliegen der Menschenwürde sehr ernst“, sagte Pastor Tankiso Letseli. „Dieses Verständnis verpflichtet uns, einander als Brüder und Schwestern zu behandeln. Ein Angriff auf einen von uns betrifft uns alle.“

Letseli verwies auf Levitikus (3. Mose 19,33 bis 34) als zentrale Aussage der Bibel über die Behandlung von Ausländern: „Wenn ein Fremdling bei euch wohnt in eurem Lande, den sollt

ihr nicht bedrücken. Er soll bei euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und du sollst ihn lieben wie dich selbst.“

Kirchen trauern um ertrunkene Migranten und fordern Präventivmaßnahmen

„Im Gebet denken wir an jene, die gestorben sind und drücken den Angehörigen unser tief empfundenes Beileid aus“, sagte der KEK-Generalsekretär Pfarrer Dr. Guy Liagre. „Wir beten auch für die in der anspruchsvollen Rettungs- und Bergungsmission Beteiligten“, sagte er.

„Solche Tragödien sind starke Aufrufe, die Bemühungen zu verstärken, um die Ursachen für Armut, soziale Unsicherheit und Konflikte in den Ländern anzugehen, aus denen die Migranten kommen“, sagte Pfarrer Dr. Olav Fykse Tveit, Generalsekretär des ÖRK.

„Wir sind zutiefst betroffen von dieser Tragödie im Mittelmeer. Wieder einmal wurden die schutzlosesten Menschen betroffen“, heißt es in einer Medienmitteilung der Kommunikationsabteilung der Siebenten-Tags-Adventisten in West- und Südeuropa. „Wir dürfen die immense humanitäre Krise in Afrika nicht ignorieren.“

Auch nach acht Jahren noch kein Urteil im Malatya-Mordprozess

Nach dem 103. Verhandlungstag im Malatya-Mordprozess äußerte die Witwe Susanne Geske, laut dem „Bonner Querschnitt“ (BQ), dass sie in dieser Welt nicht mehr mit Gerechtigkeit rechne. Sie mache sich wegen der fünf aus der Untersuchungshaft entlassenen Hauptverdächtigen Sorgen, sodass ihre Kinder immer wieder Angst hätten, wenn ein neuer Verhandlungstag anstehe.

Im Laufe der Jahre seien auf Drängen der Anwälte der Hinterbliebenen etliche mutmaßliche Hintermänner der Tat festgenommen und angeklagt worden, so BQ. Aber auch in allen diesen Fällen zögen sich die Verhandlungen hin und ein Ende wäre nicht in Sicht. Erschwerend komme jetzt eine mögliche Verwicklung dieser Angeklagten in eine Verschwörung gegen den türkischen Staat hinzu, nachdem die türkische Regierung der Gülen-Bewegung vorwerfe, Prozesse manipuliert zu haben. Deshalb würden die der Mithilfe an den Malayta-Morden Beschuldigten mit der Behauptung auftreten, auch in ihrem Fall sei alles nur manipuliert worden. Daher werde wohl die ganze Wahrheit nicht ans Licht kommen, äußerte ein protestantischer Pastor skeptisch gegenüber BQ. Der nächste, 104. Prozesstag ist für den 6. Mai angesetzt.

Bericht über Menschenrechtsverletzungen jetzt auch in deutscher Übersetzung

Die Lage der Christen und Kirchen in der Türkei sei nach wie vor vielfach problematisch, teilte der „Bonner Querschnitt“ mit. Neben einzelnen positiven Aspekten hätte es auch im Jahr

2014 wieder eine ganze Reihe von Menschenrechtsverletzungen gegen Christen sowie Kirchen und christliche Gemeinden gegeben. Deshalb habe das „Internationale Institut für Religionsfreiheit“ (IIRF) der Weltweiten Evangelischen Allianz auch den jüngsten Bericht von 2014 über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei in deutscher Übersetzung veröffentlicht. Er stammt von der Vereinigung Protestantischer Kirchen, die sich als Türkische Evangelische Allianz versteht. Das IIRF-Bulletin ist im Internet zu finden unter: <http://tinyurl.com/mlxq92u>

Christen in der Türkei eine kleine Minderheit

Von den 77,7 Millionen Einwohnern in der Türkei gehören nach offiziellen Statistiken fast 99 Prozent zu den Muslimen. Davon sind etwa 80 bis 85 Prozent Sunniten, die restlichen Aleviten sowie eine kleine Anzahl Jesiden und Alawiten. Die Zahl der Christen in der Türkei wird auf höchstens 120.000 geschätzt, die hauptsächlich armenisch-apostolisch, römisch-katholisch und syrisch-orthodox sind. Die Protestanten unterhalten in der Türkei etwa 60 kleinere Kirchengemeinden. Darunter befinden sich auch die Siebenten-Tags-Adventisten, die bereits seit 1889 im Land vertreten sind. Heute gibt es in Istanbul und Izmir jeweils eine adventistische Gemeinde mit insgesamt etwa 100 erwachsen getauften Mitgliedern.

Behörden in Sri Lanka wollen adventistische Hauskirche

aflösen

Laut einem Bericht der nordamerikanischen Kirchenzeitschrift Adventist Review (AR) hätten die Probleme der Adventgemeinde im Dorf Pitabeddara, 140 km südlich der Hauptstadt Colombo nach einer durch buddhistische Mönche erzwungenen Schließung einer anderen Adventgemeinde in der Nähe begonnen. Im Inselstaat, südöstlich von Indien, leben vorwiegend Buddhisten.

Adventisten wehren sich

Entgegen der Aufforderung der Behörden, die Hauskirche aufzulösen, würden die adventistischen Christen weiterhin in der Gemeinde von Pitabeddara Gottesdienste und Versammlungen abhalten, die gleichzeitig auch das Wohnhaus des Pastors und seiner Familie sei, sagte George Wambeek, Präsident der Adventisten in Sri Lanka.

Der Ortspastor habe die Aufforderung zur Auflösung ignoriert, weil das oberste lokale Organ, das Kabinett, nicht an der Entscheidung beteiligt gewesen sei und er die Anordnung als Angriff auf die Religionsfreiheit verstehe, der von buddhistischen Mönchen initiiert worden sei, so Wambeek. „Unser Anwalt hat uns auch geraten, die Versammlungen fortzusetzen. Es handelt sich bei diesem Angriff um eine Initiative von anti-christlichen Gruppen, die von buddhistischen Mönchen angeführt wird“, sagte er.

Ein Gericht in der Hauptstadt Colombo werde am 7. Mai über den Berufungsantrag des adventistischen Ortspastors entscheiden. Dieser beziehe sich auf die religiöse Versammlungsfreiheit. Er wolle weiterhin in der Hauskirche gottesdienstliche Feiern abhalten dürfen. Wambeek sagte, dass sich keine einfache Lösung zur drohenden Schließung abzeichne. Deshalb rufe er die Kirchenmitglieder zum Gebet auf.

„Wir haben 77 Mitglieder in dieser Gemeinde und viele weitere

warten darauf, sich unserer Kirche anzuschließen“, sagte George Wambeek. „Aber wegen dieser Bedrohung und der Opposition von buddhistischen Mönchen, kann sich diese Kirche nicht entwickeln.“

Recht vor Gericht garantiert nicht die Weiterführung der Hauskirche vor Ort

Die Möglichkeiten der Adventisten seien limitiert, so AR. Wenn sie das anstehende Gerichtsverfahren nicht gewinnen würden, könnten sich die Kirchenmitglieder an die nationale Menschenrechtskommission in Colombo wenden und vorbringen, dass ihnen das Recht auf freie Religionsausübung verweigert werde und um Intervention bitten, sagten Kirchenleiter.

Eine solche Fortführung des Verfahrens könne zwar zu Gunsten der adventistischen Kirche ausgehen, gleichzeitig aber auch zusätzliche Probleme schaffen. Die buddhistischen Mönche hätten die Möglichkeit, die Massen aufhetzen, was zu Unruhen im Dorf führen würde. Anschließend könnten die Adventisten der Ruhestörung bezichtigt werden.

Gemäß der Volkszählung 2012 bezeichnen sich 70 Prozent der 20,5 Millionen Bewohner von Sri Lanka als Theravada-Buddhisten, zwölf Prozent als shivaitische Hindus und zehn Prozent als Muslime. Christen machen etwa 7,5 Prozent der Bevölkerung aus, 6,1 Prozent der Befragten sind römisch-katholisch und 1,4 Prozent Mitglieder anderer christlicher Denominationen.

Die Adventisten begannen ihr Wirken in Sri Lanka in den frühen 1900er Jahren. Heute feiern rund 3.300 Mitglieder in 60 Gemeinden im ganzen Land Gottesdienste.

Die adventistische Kirche in Sri Lanka wurde schon früher mit Problemen konfrontiert. Ein Pastor und einige andere Kirchenleiter wurden in Deniyaya, 32 Kilometer von Pitabeddara entfernt, geschlagen. Die Adventgemeinde habe daraufhin ihr Gotteshaus aufgeben müssen.

Angriff auf Religionsfreiheit bedroht alle Freiheiten

„Was in Sri Lanka geschieht, ist nicht Neues, sondern das Ergebnis wachsender religiöser Intoleranz“, sagte John Graz, Direktor für Außenbeziehungen und Religionsfreiheit (PARL) der adventistischen Weltkirchenleitung. „Wenn die Religionsfreiheit angegriffen wird, sind alle Freiheiten in Gefahr“, sagte er. „Ich hoffe, dass sowohl die Regierung als auch das Volk von Sri Lanka der Hauskirche erlaubt, ihre Gottesdienste weiterhin abzuhalten.“

Adventisten spenden weltweit fast 2,4 Milliarden Dollar für allgemeine Kirchenaufgaben

Demnach würden von den 12 meist kontinentalen Kirchenleitungen außerhalb des US-Dollarraumes weniger Gelder in US-Dollar an die Kirchenleitung überwiesen. Diese profitierten aber vom starken US-Dollar, wenn sie von der Weltkirchenleitung finanzielle Zuwendungen in US-Dollar erhielten, teilte SPECTRUM mit. 2014 hätten die weltweit 18,5 Millionen Mitglieder der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten 2,396 Milliarden US-Dollar (2,232 Milliarden Euro) an „Zehntengeldern“ gespendet, welche für allgemeine Aufgaben der Kirche verwendet würden.

„Trotz des starken US-Dollars stiegen die „Zehnten“ auch währungsbereinigt in US-Dollar um 0,7 Prozent gegenüber 2013“,

erläuterte Lemon im Finanzbericht gegenüber den 78 anwesenden von 211 Delegierten. In Kirchenregionen außerhalb des Dollarraumes seien die Zehnten in lokalen Währungen „substanziell“ gestiegen.

Die zweckgebundenen Spenden der Kirchenmitglieder sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Viele Mitglieder geben neben zehn Prozent ihres Einkommens, dem „biblischen Zehnten“, weitere Spenden für besondere Projekte.

Da die Weltkirchenleitung 2014 mit ihren Ausgaben um 6,3 Millionen US-Dollar unter ihrem Budget blieb, seien die nicht verwendeten Gelder mit Beiträgen zwischen einer und 1,5 Millionen US-Dollar an den Sender Hope TV Japan, die Kirchenregion für den Mittleren Osten und Nordafrika (MENA) sowie an jene in den GUS-Staaten (ESD) und an die Andrews Universität verteilt worden. Den grössten Beitrag erhielt die Abteilung für Archiv, Statistik und Forschung der Weltkirchenleitung (ASTR), die in den nächsten fünf Jahren die Enzyklopädie der Kirche völlig neu überarbeiten soll.

Anstehende Pensionierungen

An der im Juli 2015 bevorstehenden Weltsynode (Generalkonferenz-Vollversammlung) in San Antonio, Texas/USA (#GCSA15), endet die fünfjährige Dienstzeit aller gewählten Amtsinhaber. Einige würden sich zu diesem Zeitpunkt auch pensionieren lassen, so SPECTRUM. Orville Parchment, Assistent des amtierenden Weltkirchenleiters (Generalkonferenzpräsident) Pastor Ted Wilson und seines Vorgängers, Pastor Jan Paulsen, sei für seinen langjährigen Dienst geehrt worden ebenso wie der in den Ruhestand wechselnde Finanzchef, Robert Lemon. Einer der neun Vize-Präsidenten der Weltkirchenleitung, Pastor Mike Ryan, werde in San Antonio ebenso abtreten wie der Schweizer, Pastor John Graz, der die Aussenbeziehungen der Weltkirche während Jahren gepflegt sowie den Bereich der Religionsfreiheit vertreten hat.

„Sterben in Würde“

Meinungsumfragen hätten ergeben, dass unter den Zukunftsängsten die Sorge, im Alter zu einem Pflegefall zu werden, besonders groß sei, so die Veranstalter der alljährlichen „Woche für das Leben“. Große Unsicherheit bestehe bei einer schweren Krankheit mit jahrelanger medizinischer Dauerversorgung und einer unpersönlichen Klinikroutine. Dabei käme eine große Angst vor langem Schmerz hinzu.

Angst vor einem menschenunwürdigen Sterben

Dass Menschen früher oder später sterben, gehöre zum Menschsein. Daher sei es weniger die Angst vor dem Tod, die Zukunftssorgen auslösten, sondern die viel größere Angst vor einem menschenunwürdigen Sterben. Das Thema „Sterben in Würde“ wäre inzwischen ein gesellschaftsweites Diskussionsthema. Hierbei gingen die Meinungen zwischen den Befürwortern eines selbstbestimmten Sterbens – sei es durch Suizid, assistierten Suizid oder Tötung auf Verlangen – und den Gegnern einer gezielten Verkürzung des Lebens eines Menschen weit auseinander. In ethischer Hinsicht wäre es sinnvoll, zwischen Sterbebegleitung und Tötung zu unterscheiden.

Das vorliegende Themenheft „Sterben in Würde“ der „Woche für das Leben“ 2015 lege vor allem Wert darauf, die Auffassung der Kirchen über den Wert und die Würde des menschlichen Lebens erneut hervorzuheben und auf einen liebevollen Umgang mit sterbenden Menschen zu verweisen. Das Themenheft möchte dazu beitragen, sich aus christlicher Sicht mit der Frage „Sterben in Würde“ auseinanderzusetzen. Dazu gehöre, sich den

bleibenden Wert des menschlichen Lebens auch an seinem Ende vor Augen zu führen. Es wäre ein Armutszeugnis für die Kirchen, wenn der Wunsch, seinem Leben selbstbestimmt ein Ende zu setzen, nur deshalb entstünde, weil sich Menschen allein gelassen fühlten. Das Themenheft und weitere Informationen sind im Internet unter www.woche-für-das-leben.de zu finden.

Eröffnung der „Woche für das Leben“ mit Gottesdienst in Hamburg

Die bundesweite Eröffnung der „Woche für das Leben“ findet am 18. April um 11 Uhr mit einem ökumenischen Gottesdienst in der Hauptkirche St. Katharinen in Hamburg statt. An ihm nehmen der Vorsitzende der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, und der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm, sowie Erzbischof Dr. Stefan Heße (Hamburg) und Bischöfin Kirsten Fehrs (Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland, Sprengel Hamburg und Lübeck) teil.

Adventisten – Schmerzen lindern aber kein „Gnadentod“

Auch für die Siebenten-Tags-Adventisten sei „Sterben in Würde“ ein Thema, so der stellvertretende Pressesprecher der Freikirche in Deutschland, Holger Teubert. Ihr Advent-Wohlfahrtswerk (AWW) unterhalte zur Begleitung schwer kranker, sterbender Menschen und ihrer Angehörigen Hospize in Uelzen und Lauchhammer im Süden Brandenburgs, sowie einen ambulanten Hospizdienst mit „Trauercafé“ in Berlin-Charlottenburg. Schon 1992 habe der Exekutivausschuss der Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) der Adventisten eine „Konsensklärung über die Betreuung Sterbender“ beschlossen. Aus ihr gehe hervor, dass die Freikirche einen ethischen Unterschied mache zwischen dem Verzicht auf lebensverlängernde medizinische Maßnahmen, die nur das Leiden verlängern und den Tod hinauszögern, und dem Eingreifen mit dem Ziel, das Leben des Patienten aktiv zu beenden. So sei es nicht notwendig, alle nur möglichen medizinischen Behandlungen vorzunehmen oder

anzubieten, die lediglich den Vorgang des Sterbens verlängerten.

In der Konsenserklärung der adventistischen Weltkirchenleitung heiße es unter anderem: „Obwohl die christliche Liebe dazu führen kann, medizinische Maßnahmen, die Leiden vergrößern oder das Sterben verlängern, zurückzuhalten oder zu beenden, praktizieren Siebenten-Tags-Adventisten jedoch keinen ‚Gnadentod‘ oder Hilfe zur Selbsttötung.“ Ergänzend werde, laut Teubert, hervorgehoben: „Die christliche Barmherzigkeit schließt Hilfe für Leidende ein. Beim Dienst an Sterbenden gehört es zur christlichen Verantwortung, Schmerzen und Leiden so weit wie möglich zu lindern. Das schließt jedoch nicht die aktive Sterbehilfe ein.“

„Spott über Gott“ - Religionskritik im Spannungsfeld von Pressefreiheit und Terrorgefahr

Nach den Worten von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, ehemalige Bundesjustizministerin und Vorstandsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung, sei nach dem Anschlag auf die Redaktion der französischen Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ die Angst ein Zensor. Dies stelle eine fundamentale Gefahr für die Pressefreiheit dar. Zu den universalen Menschenrechten

gehöre das Recht der Presse, kritisch zu hinterfragen. Dies schließe auch den Spott ein. Kritische Fragen würden dort als gefährlich empfunden werden, wo ein absoluter Wahrheitsanspruch vertreten werde. Dabei richte sich die Kritik häufig nicht gegen Gott, sondern in Wirklichkeit gegen religiös begründete Herrschaftsansprüche und bestehende soziale Ordnungen, so Leutheusser-Schnarrenberger.

Der Vorstandssprecher von Reporter ohne Grenzen, Michael Rediske, warnte davor, die Pressefreiheit einzuschränken, um religiöse Gefühle zu schützen. Derzeit gebe es eine Koalition von Staaten, die Gotteslästerung zu einem international anerkannten Straftatbestand erheben und damit „die Informationsfreiheit auf dem Altar der Religionsfreiheit opfern“ wöllten. Dass dies mit der Forderung nach dem Respekt vor Religion begründet werde, hielt Rediske für ein Scheinargument. Denn in der Regel werde nicht Respekt für eine andere Religion eingefordert, sondern nur für die eigene. Rediske wünsche sich beispielsweise auch Respekt für den Blogger Raif Badaw, der in Saudi-Arabien wegen seiner Äußerungen strafrechtlich verfolgt werde.

Emir Kovacevic, Mitglied des Interreligiösen Rates von Bosnien und Herzegowina, betonte, dass sich Muslime seines Landes selbstverständlich zu den universalen Menschenrechten bekannten. Daher sei es notwendig, dass muslimische Gemeinschaften terroristische Anschläge verurteilten, die von Muslimen verübt würden.

Einen nüchternen Blick auf die Thematik offenbarte der Tagesspiegel-Karikaturist Klaus Stuttmann. „Wir Karikaturisten setzen uns nicht hin und zeichnen, um die Freiheit zu verteidigen. Wir setzen uns hin und versuchen, alles Mögliche zu verspotten, nicht nur Religion.“ Nach seiner Erfahrung sei ebenso Kritik an den christlichen Kirchen nur eingeschränkt möglich. Er verwies dazu auf den früheren bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, der zum Schutz christlicher Überzeugungen eine Verschärfung des

Blasphemieparagrafens gefordert habe. Stuttmann selbst habe nach dem Anschlag auf die „Charlie Hebdo“-Redaktion keine stärkeren Ängste als vorher. Größere Sorge bereite ihm die Feindseligkeit, die im rechten Spektrum und bei Pegida vorzufinden sei.

Ob es ein übergeordnetes Interesse der Gesellschaft geben könne, dass bestimmte Gruppen nicht gedemütigt und dadurch an den Rand der Gesellschaft gedrängt würden, fragte der Kirchenjurist Joachim Gärtner. Der Staat dürfe sich nicht mit einer Religion identifizieren, sondern müsse eine Heimstatt für alle Bürger ermöglichen, so der Oberkonsistorialrat in Ruhe. Konsequenterweise würden daher an Universitäten nicht nur christlich-theologische Fakultäten unterhalten, sondern auch muslimische Lehrstühle aufgebaut.

ADRA Nigeria versorgt Flüchtlinge entlang der Vertreibungsfront

ADRA habe sich der internationalen Kampagne auf den Sozialen Medien unter dem hashtag #BringBackOurGirls angeschlossen. Man wisse immer noch sehr wenig über den Verbleib der Mädchen oder deren Gesundheitszustand.

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF veröffentlichte am 13. April einen Bericht zu Nigeria, in dem von 1,5 Millionen Flüchtlingen infolge der Übergriffe von Boko Haram die Rede ist, darunter seien 800.000 Kinder. Boko Haram

habe beim Versuch einen Islamischen Staat zu errichten ganze Dörfer zerstört und die Bewohner vertrieben, so das Hilfswerk.

ADRA Nigeria verteile in Adamawa, dem östlichen Bundesstaat an der Grenze zu Kamerun, Lebensmittel an 1.500 Binnenvertriebene und unterstütze rund 100 Kinder mit weiteren Hilfsleistungen. Zudem habe das Hilfswerk in einem Flüchtlingslager die Ausbreitung von Durchfall bei 200 Kindern unter fünf Jahren eindämmen können und 30 schwangere Frauen begleitet und beraten. Die Arbeit von ADRA Nigeria werde durch die schwierigen Straßenverhältnisse erschwert, sagte Marie-Jo Guth, Programmanagerin für Nothilfe bei ADRA International. Trotzdem setze sich das Team der Hilfsorganisation mit großem persönlichem Einsatz für die Vertriebenen ein.

Nigeria: Trauriger Jahrestag – 232 entführte Mädchen bleiben verschollen

Demnach habe die nigerianische Regierung vor einem Jahr zunächst zögerlich reagiert, weltweit habe das Ereignis aber starke Reaktionen ausgelöst, besonders in den sozialen Medien (#BringBackOurGirls). Boko Haram hatte zwischenzeitlich in einem Bekennervideo angekündigt, die Mädchen „auf dem Markt“ verkaufen zu wollen. Über den Verbleib der grössten von Boko Haram entführten Gruppe kursieren die verschiedensten Vermutungen.

Boko Haram: Kampf gegen Christen und Allianz mit dem

„Islamischen Staat“ (IS)

Die islamistische Miliz verübe seit Jahren Anschläge gegen alles, was als „westlich“ wahrgenommen werde, so Open Doors. Dazu gehörten in besonderem Masse christliche Kirchen, die gezielt angegriffen, sowie Christen, die entführt oder vertrieben würden. Ziel der islamistischen Terrormiliz sei die Errichtung eines eigenständigen islamischen Staates. Im August 2014 rief Abubakar Shekau, Anführer der Terrormiliz, ein islamisches Kalifat im Nordosten Nigerias aus und Anfang März schloss sich Boko Haram offiziell dem IS an. Die Parallelen zwischen der Terrormiliz und den Inhalten sowie Methoden des „Islamischen Staates“ in Syrien und im Irak seien offensichtlich, schreibt Open Doors.

UNICEF: 800.000 Kinder auf der Flucht

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF veröffentlichte am 13. April einen Bericht zu Nigeria, in dem von 1,5 Millionen Flüchtlingen infolge der Übergriffe von Boko Haram die Rede ist, darunter seien 800.000 Kinder.

Religion für Machtstreben instrumentalisiert

Eine neue Studie von Open Doors stärke die These, dass dem andauernden Kampf gegen die Christen in Nigeria ein klares Machtkalkül zugrunde liege. Demnach würde die Religion dazu instrumentalisiert, Altlasten aus der Kolonialzeit zu beseitigen und politische sowie wirtschaftliche Ziele durchzusetzen. Diese Instrumentalisierung der Religion sei von den Medien fast unbemerkt geblieben.

Open Doors stehe Betroffenen durch Nothilfmaßnahmen, Traumabegleitung und Hilfe zur Selbsthilfe bei. Auf dem Weltverfolgungsindex von Christen, der vom Hilfswerks jährlich publiziert wird, sticht Nigeria durch die höchste vergebene Wertung im Bereich Gewalt hervor. In der Gesamtwertung belegt es Rang 10 unter allen Ländern, in denen weltweit Christen verfolgt werden.

Neuer Allianzvorsitzender in Österreich

Hinkelmann hatte dieses Amt die letzten 12 Jahre inne und will sich nach Angaben von Grötzinger nun auf den Vorsitz der Europäischen Evangelischen Allianz konzentrieren, den er im Herbst 2014 übernommen hatte. Hinkelmann erklärte: „Ich freue mich, dass Hans Widmann dieses Amt übernimmt. Er bringt jahrelange Erfahrung in der Vorstandsarbeit der ÖEA mit und kennt als Leiter des Bibellesebundes die christliche Szene im Land sehr gut.“

Widmann stammt ursprünglich aus Deutschland und leitet den österreichischen Zweig des Bibellesebundes seit Ende der 90er-Jahre. Vorher war er als Prediger im Christlichen Missionsverein in Kärnten tätig, einem Mitgliedswerk des Evangelischen Gnadauer Gemeinschaftsverbandes. Er ist verheiratet und lebt mit seiner Familie in Oberösterreich.

Die ÖEA ist Mitglied in der Europäischen Evangelischen Allianz und in der Weltweiten Evangelischen Allianz. Der weltweite Dachverband umfasst 128 nationale Allianzen und repräsentiert geschätzte 600 Millionen Christen rund um den Globus.

Ganz Mensch sein

Die Bibel beschreibe den Menschen als ganzheitliches Wesen aus Körper, Seele und Geist, so Bernd Wöhner, Geschäftsführer des Deutschen Vereins für Gesundheitspflege e. V. in seinem Artikel „Ganz Mensch sein“. Fühlen, Denken und Wollen seien genauso wie unser spirituelles Sein von intakten Körperfunktionen abhängig. Das Eine sei untrennbar mit dem Anderen verbunden: „Man kann sich den Menschen nicht als Gebilde mit unterschiedlichen Schichten vorstellen wie eine Sahnetorte“, betonte Wöhner.

Anhand eigener Erfahrungen beleuchtet Wöhner das Zusammenspiel verschiedener Faktoren zum ganzheitlichen Wohlbefinden und zeigt die gesundheitsfördernde Bedeutung intakter Beziehungen auf. So wirke eine vegetarische Ernährung allein kaum auf die Gesundheit. Wenn aber andere Faktoren dazukämen, sei der Effekt ganz erheblich. Weitere Themen dieser Ausgabe II 2015 sind: „Zurück zu den Wurzeln des Abendlandes“ und „Liebeskelch leer? Fünf erfolgreiche Kelchfüller“.

„Zeichen der Zeit“ wird von der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland herausgegeben. Das Heft erscheint vierteljährlich mit einer Auflage von etwa 90.000 Exemplaren. Es kann kostenlos in fast jeder Adventgemeinde bezogen werden und steht auch auf www.advent-verlag.de unter dem Reiter „Periodika“ zum Download zur Verfügung.

Präsident der weltweiten Adventisten und UN-Generalsekretär im Gespräch

Wilson betonte laut der nordamerikanischen Kirchenzeitschrift „Adventist Review“, dass sich seine Kirche seit langem für die Förderung der Religionsfreiheit einsetze. Außerdem unterstütze sie Initiativen, die nach dem Vorbild Christi Menschen körperlich, geistig, sozial und geistlich helfen würden. Diop fügte hinzu, dass Christen nach den Worten Jesu „Salz der Erde“ und „Licht in der Welt“ sein sollten. Der UN-Generalsekretär sprach über die weltweite Armut als Folge mangelnder Bildung und zeigte sich besorgt über die religiöse Intoleranz, die global einen beispiellosen Höhepunkt erreicht habe.

Jenen helfen, die nicht selbst für sich eintreten können

Ban Ki-moon brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, dass Menschen auf den Respekt gegenüber Mitmenschen Wert legen sollten, einschließlich jener, die einer anderen Religion angehörten. Er würdigte das Eintreten der adventistischen Kirche für Religionsfreiheit und die Arbeit der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA im Bereich Bildung, Gesundheit und humanitäre Unterstützung. Hierbei arbeiteten die Adventisten auch mit UN-Organisationen zusammen.

Ted N. C. Wilson sagte, die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten könne sehr praktisch dazu beitragen Dinge in dieser Welt positiv zu verändern. Etwa durch Förderung der Glaubens- und Gewissensfreiheit, Respektierung von ethischen und spirituellen Werten, Achtung vor der Würde des Menschen, Beratung von Familien, Förderung der Jugendlichen, Bereitstellung von Lebensnotwendigem, wie sauberes Trinkwasser, oder Bildung. „Als Kirche möchten wir besonders

jenen helfen, die nicht für sich selbst eintreten können, die diskriminiert werden und Verfolgung erleiden“, betonte John Graz. Das seien auch wesentliche Aufgabenbereiche der UNO.

Weltweit gibt es 18,5 Millionen erwachsen getaufte Siebentags-Adventisten in 215 Ländern. Die Freikirche unterhält dort insgesamt über 7.800 Schulen, von der Grundschule bis zur Universität. In den weltweit 444 Krankenhäuser und Kliniken werden jährlich mehr als 18,7 Millionen Menschen ambulant oder stationär behandelt. Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA ist in etwa 120 Ländern tätig.

Adventistische Studenten unter den Toten beim Terroranschlag in Garissa

Unter den Toten sei auch Eric Nyumbuto, Leiter der adventistischen Studentengemeinde auf dem Universitätsgelände. Kenias Adventisten betrauernten die Opfer des jüngsten Massakers in ihrem Land. „Wir sind untröstlich wegen dieser sinnlosen Morde und beten für die Hinterbliebenen und Verletzten der schrecklichen Tragödie“, sagte ein Mitglied der adventistischen Kirchengemeinde in Garissa.

Worten habe bereits im letzten Jahr Johannes Hartlapp, Dozent für Kirchen- und Religionsgeschichte sowie Ökumenik an der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg, den evangelischen Pfarrer und Widerstandskämpfer gewürdigt. In seinem Artikel in der Zeitschrift „Adventisten heute“, Januar 2014, schrieb Hartlapp, dass spätestens in Situationen, bei denen die Normen und Gesetze des Staates im Widerspruch zum Willen Gottes stünden, so wie er in der Bibel festgehalten sei, gebe es für Christen einen offenen Konflikt. Das allgemeine Verhalten der Kirchen in der Zeit des Nationalsozialismus, auch der Adventisten in Deutschland, sei ein trauriges Beispiel dafür. Nur wenige hätten in den Jahren des NS-Regimes die Ursachen des Gewissenskonfliktes durchschaut. „Einer von ihnen war Dietrich Bonhoeffer.“

In seinen Notizen „Nach zehn Jahren“ zur Jahreswende 1942/43 habe der damals 36-Jährige versucht, sich selbst Rechenschaft über sein Verhalten während der Hitler-Diktatur zu geben, so Hartlapp. Er habe die Frage gestellt, warum Christen oft wenig Rückgrat bewiesen indem sie bereit seien, ihr gesundes Empfinden von Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit zu knebeln und versuchten, sich „heroisch aus der Affäre“ zu ziehen. Im Blick auf seine Zeit fragte Bonhoeffer: „Wer hält stand?“ Seine Antwort: „Allein der, dem nicht seine Vernunft, sein Prinzip, sein Gewissen, seine Freiheit, seine Tugend der letzte Maßstab ist, sondern der dies alles zu opfern bereit ist, wenn er im Glauben und in alleiniger Bindung an Gott zu gehorsamer und verantwortlicher Tat gerufen ist.“

Doch Zivilcourage betreffe jeden, unterstrich Hartlapp. „Verantwortliches Handeln dokumentiert, dass wir die Bahnen der eigenen Selbstgefälligkeit zu verlassen bereit sind und nicht versuchen uns ‚heroisch aus der Affäre‘ zu ziehen.“ Bonhoeffer habe aus seiner eigenen Erfahrung sagen können, dass es die Bindung an Gott und sein Wort war, die ihm half, verantwortlich zu handeln. „Bis heute ist er ein Vorbild für glaubhaftes Christsein.“ Obwohl in den vergangenen Jahrzehnten

viele ethische Normen einer allgemeinen Beliebigkeit zum Opfer gefallen seien, würden bis heute an bekennende Christen immer noch andere Maßstäbe angelegt. „Einer davon ist Mut, für seine Überzeugung einzustehen“, hob Harlapp hervor.

In den Liederbüchern der Siebenten-Tags-Adventisten „Wir loben Gott“ (1982) und „Leben aus der Quelle“ (2004) ist das Lied „Von guten Mächten treu und still umgeben“ zu finden, zu dem Dietrich Bonhoeffer den Text schrieb, informierte Teubert.

Politisches Handeln theologisch begründet

Dietrich Bonhoeffer wurde am 4. Februar 1906 in Breslau geboren. Am 9.4.1945 wurde er – wenige Wochen vor Kriegsende – im Konzentrationslager Flossenbürg hingerichtet. Bonhoeffer hatte während des Dritten Reichs der nationalsozialistischen Ideologie widersprochen und gehörte zum Kreis derer, die das Attentat am 20. Juli 1944 auf Adolf Hitler vorbereitet haben. Dabei hat er sein politisches Handeln immer theologisch begründet. Er hat ein umfangreiches theologisches Werk hinterlassen. Seine Briefe und Texte aus der Zeit der Haft (1943-1945) sind nach dem Krieg unter dem Titel „Widerstand und Ergebung“ und „Brautbriefe – Zelle 92“ veröffentlicht worden.

Kirchengemeinden als Ort der Heilung? - Zweiter

Adventistischer Gesundheitskongress

Der Mensch sei ein ganzheitliches Wesen und müsse deshalb auch im ganzheitlichen Sinne wahrgenommen, diagnostiziert und behandelt werden, stellten Dr. med. Ruedi Brodbeck, Bernd Wöhner und Benjamin Rohde vom Leitungsteam des Kongresses fest. Veranstaltet wird der Gesundheitskongress vom Deutschen Verein für Gesundheitspflege e. V. (Ostfildern) in Kooperation mit der Liga Leben und Gesundheit in Österreich und der Schweiz.

Nach Angaben des Veranstalters zeigten die großen Lebensstilstudien seit einigen Jahren, dass Gesundheit nicht nur durch richtige Ernährung und ausreichend Bewegung gefördert werde, sondern zunehmend die „weichen Faktoren“ an Bedeutung gewinnen würden. Dazu zählten insbesondere das soziale Netz mit gesunden Beziehungen, Vertrauen, optimistisches Denken und ein hoffnungsvoller Blick in die Zukunft. Gerade Kirchengemeinden könnten hier eine wichtige Aufgabe übernehmen. Sie könnten Orte der Seelsorge, Zuversicht und der Heilung sein.

Der zweite adventistische Gesundheitskongress will sich diesen Inhalten von unterschiedlichen Seiten nähern. Dazu werden Referate und Workshops zu Themen wie „Gemeinde – Krankenhaus oder Club der Heiligen? Eine Standortbestimmung“, „Was kann Gemeinde zur Heilung beitragen?“ oder „Wie trägt Glaube zur Resilienz bei?“ angeboten. Darüber hinaus sollen Diskussionen, aber auch der Gedankenaustausch in der Begegnung mit anderen Kongressteilnehmern zu interessanten Schlussfolgerungen führen. Weitere Informationen unter: www.dvg-online.de/Aktuell/Gesundheitskongress.html

53 Adventgemeinden in Vanuatu zerstört

Der Wiederaufbau könne Jahre in Anspruch nehmen, da viele Kirchenmitglieder selbst ihre Häuser und Erwerbsmöglichkeiten durch den Zyklon verloren hätten. 80 bis 90 Prozent seien in der Landwirtschaft tätig, vielen habe der Sturm die Ernte zerstört. „Das ist ein schwerer Schlag für die Mitglieder“, bestätigte Pastor Nos Terry Mailalong, Kirchenleiter der Siebenten-Tags-Adventisten in Vanuatu, „denn die meisten dieser Menschen in den ländlichen Gebieten haben keine anderen Einnahmequellen.“

Während die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA sich um die Menschen in Vanuatu kümmere, und die Regierung den Wiederaufbau von Schulgebäuden unterstütze, gebe es kein Geld für den Wiederaufbau von Kirchen, so Stackelroth. Die Freikirchenleitung im südpazifischen Raum habe daher einen Hilfsfond eingerichtet, in den unter <https://egiving.org.au> unter dem Stichwort „Vanuatu Cyclone Pam Assistance“ gespendet werden könne.

„Pam“ war nach Angaben von Wikipedia einer der stärksten je gemessenen Zyklone. Im März wurden in der Hauptstadt Port Vila des Inselgruppenstaates Vanuatu 90 Prozent aller Gebäude zerstört oder stark beschädigt. Der Zyklon wird als die schwerste Katastrophe in der Geschichte von Vanuatu bezeichnet. Unter den 253.000 Bewohnern des Inselstaates gibt es 19.200 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten in 85 Kirchengemeinden.

Adventistischer Jugendkongress in Mannheim

Der Kongress stand unter dem Motto „MitMenschen“. „Wir wollen uns dieses Mal nicht nur Gedanken machen, wie wir Menschen einladen können, sondern auch, wie wir für unsere MitMenschen da sein können“, teilten Pastor Marc Engelmann und Jugendreferentin Astrid Müller von der Gesamtleitung mit. Daher wurden neben Vorträgen in der Kongresshalle auch über 40 Workshops zu unterschiedlichen Themen sowie Aktionen außerhalb des Kongressgeländes angeboten. Ziel sei gewesen, die Mitmenschlichkeit untereinander aber auch der Stadt Mannheim zu fördern und zu unterstützen. Nach Engelmann betrug der Altersdurchschnitt der 868 teilnehmenden Frauen und 906 Männer 24 Jahre.

Drei Jahre Winterhilfe von ADRA für 95.000 Flüchtlinge

im Mittleren Osten

Viele der Flüchtlinge seien mit wenig mehr als ihren Kleidern vor dem Bürgerkrieg oder der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) geflohen. „Viele Familien sind in Lagern oder Rohbauten untergebracht, die wenig Schutz vor Wind und Regen bieten“, so Khalil. In diesen vier Ländern könne es im Winter bis zu minus zehn Grad werden.

Syrien

Das syrische ADRA-Büro in der Hauptstadt Damaskus habe im Winter 2013/2014 an 31.000 Personen in den Städten Damaskus, Hama und Quneitra Kleider und Decken verteilt.

Irak

Das 2015 eröffnete ADRA-Büro in Erbil, in der kurdischen Region des Irak, habe im vergangenen Winter an 30.000 Personen Kleider und Decken abgegeben.

Libanon

ADRA Libanon habe die letzten Monate im Libanon-Gebirge Winterhilfe an rund 3.100 syrische Flüchtlinge und bedürftige libanesischen Bewohner verteilt.

Jordanien

Im Winter 2012/2013 habe das ADRA-Hilfswerk in Zusammenarbeit mit der Nichtregierungsorganisation „Jordan Hashemite Charity Organization“ in Jordanien Winterkleider an mehr als 31.000 Personen in der Hauptstadt Amman sowie den Städten Irbid, Mafraq und Zarqa verteilt, sagte Khalil.

Demnach hätten verschiedene ADRA-Hilfswerke aus Dänemark, Deutschland, Kanada, Österreich, den USA und der Schweiz sowie weitere Hilfsorganisationen aus Syrien und Jordanien die Arbeit von ADRA im Nahen und Mittleren Osten unterstützt, sagte Nagi Khalil, aber der Zustrom von Flüchtlingen lasse nicht nach.

Das UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR hat Ende März knapp vier Millionen Syrer registriert, die in umliegende Länder geflohen sind. Nach Schätzungen des UNHCR mussten in Syrien 6,5 Millionen Menschen ihren Wohnort verlassen, um sich in einem anderen Landesteil Unterschlupf zu suchen. Damit sei in etwa die Hälfte der syrischen Bevölkerung infolge der Kämpfe vertrieben worden. Mehr als Hälfte der betroffenen Syrer seien Kinder, schreibt tagesschau.de auf ihrer Website. Weitere 1,8 Millionen Iraker seien im eigenen Land vertrieben worden.

Osterevangelium in 13 Sprachen verfügbar

Die Osterevangelien würden insbesondere der Seelsorge mit Flüchtlingen und Migranten helfen und stehen in folgenden Sprachen zur Verfügung: Arabisch, Dari, Englisch, Französisch, Italienisch, Kurdisch, Russisch, Serbisch, Somali, Spanisch, Swahili, Türkisch und Urdu.

„Wir wollen so eine Hilfestellung bieten, dass Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen ihre Heimat verlassen haben, nicht auch noch den Zugang zu ihren geistig-kulturellen Wurzeln verlieren“, sagte die Initiantin, Katrin Brockmöller, Direktorin des Katholischen Bibelwerkes.

Das Osterevangelium sei als Text für die Seelsorge besonders wichtig, weil er von der Hoffnung der Auferstehung spreche, heißt es in der Medienmitteilung. Gerade an Feiertagen wünschten sich Flüchtlinge und Migranten, Bibeltexte in ihrer Muttersprache zu lesen, zu verstehen und sich dann in vielen

Sprachen darüber auszutauschen. Das Angebot der katholischen und evangelischen Kirche verstehe sich als Brückenschlag in ihre Heimat.

Die PDF-Datei mit dem Osterevangelium in 13 Sprachen steht als Download auf den Internetseiten des Katholischen Bibelwerks, der Deutschen Bibelgesellschaft sowie unter www.dbk.de zur Verfügung.

Internationale Theologinnenkonferenz: Evangelischer Bund fördert theologische Zusammenarbeit von Frauen in Europa

Zum Thema „Gemeinsam in Christus – Gemeinsam in der Kirche“ werden Teilnehmerinnen, Referentinnen und Referenten aus Polen, Rußland und Deutschland erwartet, teilte Pfarrerin Ksenija Auksutat, Generalsekretärin des Evangelischen Bundes Bensheim e.V., mit. Die Tagung erfolge mit Unterstützung des Evangelischen Bundes und des Gustav-Adolf-Werks in Leipzig. Sie biete Theologinnen und an Theologie interessierten Frauen die Möglichkeit einer stärkeren Vernetzung untereinander und eine Inspiration für die weitere theologische Arbeit.

Speziell die Situation der voll ausgebildeten Theologinnen der Evangelisch-lutherischen Kirche in Polen und die Rücknahme der

Frauenordination in Lettland beschäftige die Konferenz immer wieder. In beiden Kirchen würden Frauen mit abgeschlossenem Theologiestudium von bestimmten pfarramtlichen Aufgaben ausgeschlossen, insbesondere von der Gemeindeleitung und der Verwaltung des Abendmahls, so Auksutat. Für die übrigen Aufgaben würden sie schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen. Während die polnische lutherische Kirche noch nie Frauen ordinierte, wurde die in Lettland 1975 eingeführte Frauenordination 1992 wieder ausgesetzt.

Erteilung von evangelischem Religionsunterricht durch freikirchliche Lehrkräfte

Rechtliche Grundlage und Vokationsordnung

Die rechtliche Grundlage, dass Kirchen an öffentlichen Schulen Religionsunterricht erteilen dürfen, geht aus Artikel 7, Absatz 3 des Grundgesetzes (GG) der Bundesrepublik Deutschland hervor, so Mueller. Der Unterricht werde in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Das gelte nicht in einem Bundesland, in dem am 1.1.1949 eine andere landesrechtliche Regelung bestand (Artikel 141 GG – „Bremer Klausel“). So gebe es in der Freien Hansestadt Bremen an öffentlichen Schulen einen nicht bekenntnisgebundenen „Unterricht in biblischer Geschichte“, der nicht auf evangelischer, sondern auf allgemein christlicher Grundlage erteilt werde. In Berlin sei der Religionsunterricht ein Wahlfach, das nicht versetzungsrelevant ist. Im Bundesland

Brandenburg finde der Religionsunterricht zwar in alleiniger Verantwortung der Religionsgemeinschaften statt, sei jedoch kein Pflichtfach.

Da in Deutschland Bildung Sache der Bundesländer ist, wären für die Ausgestaltung des Evangelischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen die Landeskirchen zuständig. Um das Fach Religion unterrichten zu können, benötigten die Lehrkräfte eine Vokation (kirchliche Bevollmächtigung). Vokationsordnungen, für welche die evangelischen Landeskirchen zuständig seien, gebe es entweder auf Bundesländerebene, etwa in Niedersachsen und Hannover, oder in den Grenzen der Landeskirchen, die nicht mit den Bundesländergrenzen identisch seien; so beispielsweise für die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland und evangelische Nordkirche.

Diese Ordnungen stimmten nicht immer überein, erläuterte Mueller. Dennoch habe sich die Kirchenkonferenz der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 2010 auf eine wechselseitige Anerkennung der Vocatio durch die Gliedkirchen der EKD geeinigt. Danach seien Grundvoraussetzungen, dass die Lehrkraft eine abgeschlossene staatlich anerkannte Ausbildung zum Lehramt mit Lehrbefähigung für das Fach Evangelische Religionslehre der betreffenden Schulart habe. Auch müsse die Unterrichtserlaubnis des Bundeslandes für dieses Fach vorliegen. Notwendig sei zudem die Bereitschaft, den Religionsunterricht nach Ordnung und Bekenntnis der jeweiligen Landeskirche zu erteilen. Außerdem sollte die Lehrkraft Mitglied einer Gliedkirche der EKD sein.

Freikirchliche Lehrkräfte

Lehrkräfte aus evangelischen Freikirchen könnten ebenfalls Religionsunterricht erteilen, wenn sie neben den Grundvoraussetzungen weitere Bedingungen erfüllten, erklärte der Jurist. Die Freikirche zu welcher die Lehrkraft gehört, müsse Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) des jeweiligen Bundeslandes oder der ACK Deutschland sein. Ein Austritt aus einer Landeskirche oder der Vollzug

einer zweiten Taufe (nach der Kindertaufe auch eine Erwachsenentaufe) wäre in der Regel ein Ablehnungsgrund für eine Vocatio.

Die Freikirchen könnten mit den Landeskirchen auch Vereinbarungen über die Erteilung von Evangelischem Religionsunterricht schließen. Solche Vereinbarungen gebe es zwischen dem Bund Freier evangelischer Gemeinden, dem Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden und der Evangelisch-methodistische Kirche mit bestimmten Landeskirchen. Auch die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) habe 1981 mit den Landeskirchen in Westfalen, im Rheinland und in Lippe sowie 2003 mit der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz derartige Sondervereinbarungen geschlossen. Diese würden jedoch nur für die Mitgliedskirchen der VEF nicht aber für deren Gastkirchen gelten, betonte Dr. Harald Mueller. Lehrkräfte, die einer Freikirche angehörten, die lediglich Gastmitglied der ACK oder der VEF seien oder der VEF und ACK überhaupt nicht angehörten, könnten nur durch eine Einzelfallprüfung die kirchliche Bevollmächtigung zur Erteilung evangelischen Religionsunterrichts erhalten. Müller schätzte in diesen Fällen die Aussichten auf eine Vocatio jedoch als gering ein.
